

# Irland

## Nicholas Rees

In Irland blieb die von Bertie Ahern geführte Koalitionsregierung aus Fianna Fáil und Progressiven Demokraten im Amt; ihre Popularität sank jedoch.<sup>1</sup> Im Vergleich zu den anderen europäischen Volkswirtschaften setzte die irische Wirtschaft ihren Wachstumsboom fort. Das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts wurde für das vergangene Jahr auf 7,6% geschätzt, die Inflationsrate lag bei 2,5%, obwohl die Produktivität mit geschätzten 0,2% ins Minus geraten war.<sup>2</sup> Vor diesem Hintergrund tendierte Irland zur Sicherung des europäischen Status quo und beschäftigte sich vor allem mit der Absicherung des eigenen Wirtschaftswachstums. Dennoch trat die Regierung pragmatisch für den Verfassungsvertrag und die Erweiterung. Mit den Themen Finanzielle Vorausschau, Agrarpolitik und WTO ging die Regierung schon wesentlich achtsamer um. In der innenpolitischen Diskussion der Medien und der politischen Akteure dominierten bei europäischen Themen der Verfassungsvertrag, die Finanzielle Vorausschau, die Rechte der Arbeiter aus anderen EU-Staaten und Irlands mögliche Beteiligung an militärischen Operationen der EU.

### Die Zukunft des Verfassungsvertrag

Irland unterstützte uneingeschränkt den Ratifikationsprozess des Verfassungsvertrags, der als im irischen Interesse liegend galt. Vor der Ratifizierungskrise hatte die Regierung mit Vorbereitungen für ein Referendum begonnen, das den Erwartungen nach im Herbst 2005 hätte stattfinden sollen. Im Mai verabschiedete das irische Parlament (Oireachtas) die damit verbundenen Gesetzesvorlagen. Sowohl die Regierungsparteien wie Fine Gael und Labour stimmten der Fragestellung des Referendums zu.<sup>3</sup> Es wurde erwartet, dass die irische Bevölkerung im November zur Abstimmung über den Verfassungsvertrag aufgerufen werden würde. Anfang des Jahres wurden Stimmen im Gemeinsamen Ausschuss der Oireachtas für Europäische Angelegenheiten laut, dass nicht genug getan würde, um die Wähler über den Verfassungsvertrag zu unterrichten, und dies obwohl die Regierung sehr bemüht war, die Debatte über den Vertrag zu fördern.<sup>4</sup> Das Nationale Forum zu Europa hielt ebenfalls zahlreiche Gesprächsforen zum Verfassungsvertrag in Dublin wie auch in den verschiedenen Regionen des Landes. Ebenso förderte das Institut für Europäische Angelegenheiten (IEA) die Debatte durch die Einladung einer Reihe von Rednern sowohl

---

1 Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbató.

Dieser Artikel basiert auf dem Jahresbericht „Ireland's Foreign Relations in 2005“, in: Irish Studies in International Affairs Vol. 17, Mai 2006, S. 151-182, veröffentlicht von der Royal Irish Academy, Dublin.

2 Marc Coleman: Feel-good factor falters in spite of strong growth, Irish Times, 30. Dezember 2005, S. 3.

3 Bei der ersten Vorlage des EU-Verfassungsvertrags kam es zu Diskussionen über einen möglichen Ausschluss der Passarelle-Klausel. Vgl. dazu Mark Brennock, Referendum clause to be dropped from EU poll text, Irish Times, 7. Mai 2005.

4 Im März schaltete die Regierung eine neue Webseite über die Europäische Verfassung frei: <http://www.europeanconstitution.ie>.

aus anderen Mitgliedstaaten wie aus den Institutionen der EU.<sup>5</sup> Eine Gegenkampagne kam ebenfalls ins Rollen; Ende März wurde die „Kampagne gegen die Europäische Verfassung“ ins Leben gerufen. Die Kampagne, die von der früheren Europaabgeordneten der Grünen, Patricia McKenna, initiiert wurde, brachte eine Reihe von Gruppen und Parteien zusammen, die gegen den Verfassungsvertrag eintraten. Sinn Féin und die Grünen starteten ebenfalls Kampagnen gegen den Verfassungsvertrag. Eine Meinungsumfrage von TNS/MBRI, die im Juni gleich nach dem „Nein“ in Holland veröffentlicht worden war, ergab, dass in Irland 35% mit Nein stimmen würden, 30% den Vertrag unterstützen würden und 30% unentschieden waren.<sup>6</sup> Die Ablehnung des Verfassungsvertrags wurde vom Premier (Taoiseach) bedauert, der gleichzeitig seinen Respekt gegenüber der Entscheidung der Franzosen und Holländer bekundete, aber auch daran festhielt, dass die Ratifizierung des Verfassungsvertrags weiter im Interesse Irlands und der Europäischen Union sei. Für Irland warf die Krise die Frage auf, ob man mit dem eigenen Ratifizierungsprozess fortfahren solle oder nicht. Im September veröffentlichte die Regierung eine Informationsbroschüre über die zentralen nationalen Ziele Irlands in der EU.<sup>7</sup> Bei der Veröffentlichung stellte der Taoiseach die Broschüre als einen Beitrag zu einer fundierten und offenen Debatte vor.<sup>8</sup> Schließlich bevorzugte es die Regierung, doch kein Referendum abzuhalten und veröffentlichte stattdessen im Oktober ein Weißbuch zur Europäischen Verfassung.<sup>9</sup> Außenminister Dermot Ahern ließ verlauten, dass das Weißbuch im Sinne der beschlossenen Denkpause und zum Anstoß für eine lebhaftere nationale Debatte erstellt worden sei. Er fügte hinzu, dass die EU unverzichtbar sei für „das nationale Wohlergehen Irlands und seinen Platz in der Welt.“ Nach der Veröffentlichung des Weißbuchs hielt Taoiseach Bertie Ahern vor einer Versammlung des Nationalen Forums zu Europa auf Dublin Castle am 20. Oktober 2005 eine Rede. In seiner Ansprache bemerkte der Taoiseach, dass „die gleichgültige Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der Europäischen Verfassung beunruhigend wäre“ und dass die Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und Holland ein Alarmzeichen für diejenigen sein müsse, die an Europa glauben.<sup>10</sup> Die Diskussion über den Verfassungsvertrag wurde auch in einer Debatte des Unterhauses (Dáil) am 23. November fortgesetzt.

### **Die Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau**

Eine weiteres großes Thema waren die Verhandlungen über die neue Finanzielle Vorausschau der EU. Bereits Anfang des Jahres fanden erste Gespräche statt. Der Juni-Gipfel stand neben der Verfassungskrise ganz im Zeichen der Bemühungen der luxemburgischen Präsidentschaft, einen Kompromiss unter den 25 Mitgliedstaaten zu erzielen. Am Ende verfehlte der Gipfel einen Kompromiss, da die britische und holländische Führung sich gegen einen Haushalt in Höhe von 1,06% des Bruttoinlandsprodukts der EU aussprachen.

---

5 Darüber hinaus veröffentlichte das IEA auch Studien zum Verfassungsvertrag: What the constitutional treaty means, Juni 2005 und Noel Dorr et al. (Hrsg.): Where to now? Ideas on the future of the EU, Dezember 2005.

6 Richard Sinnott, Uphill task to win EU treaty poll here, Irish Times, 14. Juni 2005, S. 5.

7 Die Broschüre war eine aktuelle Fassung von Ireland and the European Union: identifying priorities and pursuing goals, 3. Auflage, Department of the Taoiseach, 2005.

8 Department of the Taoiseach, Taoiseach launches government information booklet on Ireland and the European Union, 30.09.2005, Pressemitteilung verfügbar unter: <http://www.taoiseach.gov.ie/index.asp?locID=200&docID=2199&COMMAND=pr>.

9 Department of Foreign Affairs, Publication of a White Paper on the European constitution, Pressemitteilung, 13.10.2005, verfügbar unter [http://foreignaffairs.gov.ie/Press\\_Releases/20051013/1873.htm](http://foreignaffairs.gov.ie/Press_Releases/20051013/1873.htm).

10 Der Text der Rede ist verfügbar unter: <http://www.forumoneurope.ie>.

Dieser Vorschlag hatte zuvor die Zustimmung der Mehrheit der Staaten gefunden, doch Großbritannien war nicht bereit ein Einfrieren seines Rabatts (5,5 Mrd. Euro) nach 2007 zu akzeptieren und die Niederlande wollten eine Reduzierung ihrer Nettozahlungen um 1,5 Mrd. Euro durchsetzen. Im Gegensatz dazu waren Frankreich und Irland darauf bedacht, das Abkommen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von 2002 zu verteidigen. Im Vorlauf der Dezembersitzung des Europäischen Rats traf sich die britische Präsidentschaft mehrmals zu bilateralen Gesprächen mit den osteuropäischen Regierungen. Am 5. Dezember ließ die Präsidentschaft einen neuen Haushaltsvorschlag zirkulieren, den die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission ablehnten. Die irische Regierung war für eine Reduktion des Britenrabatts, lehnte den britischen Vorschlag einer Revision des Haushalts vor 2014 ab und unterstützte vehement die Beibehaltung des Abkommens über die zukünftige Finanzierung der GAP von 2002. Weiter wollte Irland Mittel für das Friedensprogramm der EU erhalten und die Einschnitte bei den Fonds für ländliche Entwicklung rückgängig machen.<sup>11</sup> Der Europäischen Rat am 15./16. Dezember wurde dominiert ausschließlich von den Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau dominiert. Nach langen Debatten konnte schließlich auf Basis eines Kompromissvorschlags von Frankreich und Deutschland eine Einigung erzielt werden. Nach dem Gipfel zeigte sich der irische Taoiseach zufrieden: Irland hätte Einschnitte in Höhe von 500 Mio. Euro verhindern können und habe dabei geholfen, die Ausgaben bei der GAP und den Friedensprogrammen der EU zu sichern. Er zog das Resümee, dass „die Sache gut für Irland gelaufen sei“ und nun 1 Mrd. Euro während der Jahre 2007-2013 für Irland zur Verfügung stehen.<sup>12</sup>

### Internationale Herausforderungen

Sicherheitsfragen und Fragen der Konfliktprävention und des Krisenmanagements standen immer wieder ganz oben auf der Prioritätenliste der EU. Irland beteiligte sich weiterhin an den Missionen der EU und stellte beispielsweise Polizeikräfte für Missionen auf dem Balkan zur Verfügung.<sup>13</sup> Doch bleibt Irlands Rolle aus praktischen Gründen und auch wegen Vorbehalten der Bevölkerung gering. Eine mögliche Beteiligung an den Kampfeinsätzen der EU wurde sowohl von der Regierung als auch in den Medien diskutiert. Anfang des Jahres schloss Verteidigungsminister Willie O’Dea eine frühe Beteiligung Irlands aus. Sein Argument lautete, dass ein rascher Einsatz irischer Verbände innerhalb von fünf bis zehn Tagen, wie vom Konzept der Battle Groups vorgesehen, auf Grund der gegenwärtigen irischen Rechtslage nicht möglich sei.<sup>14</sup> Ein weiterer Grund für das irische Fernbleiben liegt darin begründet, dass Irland kaum einen eigenen Gefechtsverband aufstellen könnte und deswegen mit Ländern wie Schweden und Finnland kooperieren müsste. Dies würde Manöver im Ausland mit sich bringen, die gemäß geltender Rechtslage (Defence Act von 1954) als nicht möglich gelten. Der Außenminister stellte jedoch klar, dass Irland teilnehmen möchte, und dass sich das Kabinett in naher Zukunft um mögliche Lösungen bemühen

11 Jamie Smyth: British proposal could make Ireland pay into EU a year earlier, Irish Times, 08.12.2005.

12 Bertie Ahern: Toting up the many benefits for Ireland and the EU of new budget deal, Irish Times, 19.12.2005, S. 14.

13 Vgl. ausführlich [http://www.military.ie/overseas/missions\\_list.htm](http://www.military.ie/overseas/missions_list.htm).

14 Die Entsendung von irischen Truppen ins Ausland benötigt ein UN-Mandat, eine Entscheidung der Regierung und die Zustimmung des Dáil, die eher nicht in dem geforderten Zeitrahmen zustande kommen können. Vgl. Deaglán de Bréadún: O’Dea rules out role for Ireland in battlegroups und Ireland hold’s back on EU battlegroups plan, Irish Times, 10.01.2005.

werde.<sup>15</sup> Von der Allianz für Frieden und Neutralität und von Sinn Féin, unterstützt von Fine Gael, wird jede Beteiligung an den Battle Groups abgelehnt.

Am 13. bis 18. Dezember fand die WTO-Verhandlungsrunde in Hongkong statt.<sup>16</sup> Nach langwierigen Verhandlungen, die von der EU und den USA aufgrund von Agrarfragen blockiert wurden, konnte schließlich die Einigung erzielt werden. Die EU unterstützte die Abschlusserklärung, obwohl Defizite und fehlende Fortschritte in einigen Bereichen von ihr beanstandet wurden. Die Gespräche waren aufgrund der Folgen für den Landwirtschaftssektor von besonderem Interesse für Irland. Die Priorität der Regierung bestand darin, die Liberalisierung des Welthandels in einer fairen und ausgeglichenen Weise fortzusetzen und die WTO als Regulierungsinstrument weiter zu fördern. Ein besonderes Anliegen der irischen Regierung war es, die aus der Doha-Runde hervorgegangenen Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern einzuhalten. Am Ende des Gipfels war die Landwirtschaftsministerin Mary Coughlan überzeugt, dass das Ergebnis das bestmögliche für Irland sei, da es sowohl das Wachstum in den Entwicklungsländern fördern als auch das Agrarmodell der EU und die Beschäftigung im ländlichen Raum sichern würde.

### **Zusammenfassung**

Irland bleibt ein verlässlicher Partner in der Europäischen Union und in anderen multilateralen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation. Das kleine Land konnte sicherstellen, dass seine Stimme auch weiterhin gehört wird und setzt sich auch für die Belange der Entwicklungsländer in den WTO-Verhandlungen ein. Seine Haltung hinsichtlich des Verfassungsvertrags und der Erweiterung bleibt pragmatisch, wobei Fragen mit wirtschaftlichem Interesse sehr vorsichtig gehandhabt werden. Die irische Politik bemüht sich, den irischen Interessen in der EU ausreichend Gehör zu verschaffen. Daher ist Irland an einem dichten diplomatischen Netzwerk gelegen. So wurden im Lauf des Jahres neue Botschaften in Lettland, Litauen, Malta und bei den Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien eröffnet.

### **Weiterführende Literatur**

Noel Dorr u.a. (Hrsg.): *Where to now? Ideas on the future of the EU*, Dublin: Institute of European Affairs, Dezember 2005.

Institute of European Affairs: *What the constitutional treaty means*, Dublin: Institute of European Affairs, Juni 2005.

Michael Holmes (Hrsg.): *Post-Nice: Ireland and the European Union* Manchester University Press, August 2005.

Nicholas Rees: *Ireland's Foreign Relations in 2005*, in: *Irish Studies in International Affairs* Vol. 17 (Mai 2006).

Nicholas Rees: *The Irish Presidency: A Diplomatic Triumph*, *Journal of Common Market Studies: The European Union Annual Review 2004/05* Volume 43 (September 2005), S. 55-58.

---

15 Mark Hennessy: *Government wants Irish troops in EU battlegroups*, *Irish Times*, 12.01.2005, S. 9.

16 Jennifer Dugan: *Street battles erupts as police clash with activists*, *Irish Times*, 19.12.2005, S. 16.